

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2683

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2683



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Bern, 25. Juni 2020

Weltdrogentag – Eine Perspektive aus dem Süden

Am 26. Juni ist der internationale Tag gegen Drogenmissbrauch und unerlaubten Suchtstoffverkehr, kurz Weltdrogentag. Seit 1987 geht es an diesem Tag darum, gegen den Missbrauch von Drogen aufmerksam zu machen. Auf der ganzen Welt finden Aktionen dazu statt, zum Beispiel mit der internationalen NGO-Kampagne ‚Don’t Punish‘. Wichtig ist aber nicht nur die Aufmerksamkeit beim Konsum. Auch bei der Produktion gibt es leider viel zu viel Missbrauch und Gewalt.

Kolumbien ist eines der Hauptproduktionsländer für Koka, der Grundzutat für Kokain und weist auch eine hohe Produktion von Marihuana aus. Obwohl die Regierung mit strategischer und militärischer Hilfe der USA seit Jahrzehnten versucht, das sogenannte ‚Drogenproblem‘ unter Kontrolle zu kriegen, hat sich die Anbaufläche stetig vergrössert.

Im Friedensvertrag, den die kolumbianische Regierung 2016 zusammen mit der ehemals grössten Guerilla Südamerikas FARC-EP unterzeichnet hat, bezieht sich einer von sechs Punkten spezifisch auf das Thema Drogenanbau. Während bisher die Strategie meist ausschliesslich militärische Intervention und gewaltsame Ausrottung war, sieht der Friedensvertrag einen anderen Weg vor. Mit dem sogenannten PNIS wurde ein Programm zur freiwilligen Ausrottung der illegalen Pflanzungen gegründet. Bauernfamilien, die sich bei diesem Programm anmelden, sollten im Gegenzug für die Ausrottung ihrer Pflanzungen 12 monatliche Zahlungen als Kompensation für den kurzfristigen Einkommensausfall erhalten. Momentan haben die Hälfte der 99'097 angemeldeten Familien alle Zahlungen erhalten. Zudem wurde ein Projekt zur Ernährungssicherheit versprochen sowie zwei einkommensgenerierende Projekte, eins kurz- und eins langfristig angelegt. Mit dem Regierungswechsel 2018 kam ein rechtsgerichteter Präsident an die Macht, der nicht viel von diesem Programm hielt. Er begann wieder, gewaltsame Ausrottungen durch das Militär und die Sondereinheit der Polizei ESMAD durchzuführen und will auch Glyphosatbesprühungen wieder einsetzen, die per Gesetz verboten wurden wegen den grossen Schäden, die sie an Mensch und Umwelt verursachen. Somit werden Familien und ganzen Dörfern die Kokapflanzungen gewaltsam ausgerottet, obwohl sie sich für das PNIS eingeschrieben hatten. Während diesen Ausrottungen kommt es auch immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den staatlichen Sicherheitskräften und den lokalen Kokapflanzern.

Ein weiteres Problem sind paramilitärische Gruppierungen, die Kokabauern, die sich dem PNIS verschreiben, bedrohen und umbringen, da sie auf diese Weise ihr Geschäft beeinträchtigen, denn die Haupteinnahmequelle von illegalen Gruppen ist nach wie vor der Drogenhandel.

Aus diesem Grund setzt sich die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ask!) für eine grundlegende Neugestaltung der Drogenpolitik ein. Dabei muss die ganze Produktion, Handel und Konsum als eine Kette wahrgenommen und analysiert werden. Sowohl in der Produktion wie auch im Konsum sind ungelöste soziale Probleme die Hauptursache von Konflikten. Diese können nicht mit Repression gelöst werden. Deshalb braucht es eine international abgestimmte Drogenpolitik, die klar vom Prohibitionsdogma abrückt.

Kontakt

Lisa Alvarado

ask! – Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien

Schwanengasse 9, 3011 Bern

Telefon: 031 311 40 20

Email: fachstelle.bern@askonline.ch

Web: www.askonline.ch

Die Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (*ask!*)

Seit der Gründung 1987 gibt die ***ask!*** den Anliegen der kolumbianischen Zivilbevölkerung eine Stimme. Mit Informations- und Lobbyarbeit setzt sich die ***ask!*** für Direktbetroffene ein, unabhängig von Parteien oder Bewegungen. Die Friedens- und Menschenrechtsarbeit umfasst regelmässige Kampagnen und kulturelle Anlässe. In Koordination mit kolumbianischen (Basis-)Organisationen werden globale Missstände und Menschenrechtsverletzungen aufgezeigt, um strukturelle Veränderungen in Kolumbien und der Schweiz zu erreichen. Mit den Publikationen «Kolumbien-aktuell» und «Monatsbericht» sowie über die Webseite berichtet die ***ask!*** regelmässig zu Kolumbien.

Die ***ask!*** ist ein politisch und konfessionell unabhängiger Verein mit Regionalgruppen in Bern, Luzern und Zürich sowie Aktivmitgliedern in der ganzen Schweiz. Finanziert wird die ***ask!*** durch Mitgliederbeiträge und Spenden, Beiträge von Schweizer Hilfswerken, Kirchen, Gemeinden, Städten und Stiftungen.